

# Fraktion im Rat der Stadt Lünen



Geschäftsstelle  
Münsterstraße 78  
44534 Lünen  
Tel. 02306 / 1778  
[buero@gruene-luene.de](mailto:buero@gruene-luene.de)

Lünen, 07.01.2025

## **Antrag für den Ausschuss Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt am 04.02.2025**

Beratungsfolge: Sitzung des Rates am 06.03.2025

### **Hier: Lünen lehnt die Bezahlkarte für Geflüchtete ab und beschließt die Nutzung der Opt-Out-Regelung**

Sehr geehrter Herr Kampmann,

#### **Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:**

**Die Stadt Lünen nutzt die Möglichkeit der Opt-Out-Regelung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.**

#### Begründung:

Im Dezember 2024 hat der Landtag beschlossen, in NRW eine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen.

Wir bedauern, dass es auf Landesebene nicht gelungen ist, diese Bezahlkarte trotz großer Widerstände insbesondere aus Flüchtlingsinitiativen flächendeckend in NRW zu verhindern. Die Karte ist integrationsschädlich, verhindert Teilhabe, ist teuer und erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand. Wir halten die Stigmatisierung durch die Karte für falsch und sehen als Ursache für ihre Einführung einzig eine populistische Stimmung gegen Geflüchtete. Wir wünschen deshalb, dass Lünen die sogenannte Opt-Out Regelung nutzt, die es Kommunen ermöglicht, die Karte in ihrer Stadt nicht einzuführen.

Die Einführung der Bezahlkarte geht auf eine Entscheidung der Ministerpräsident\*innen-Konferenz zurück. Mit der Karte können die betroffenen Geflüchteten unter anderem nur noch einen begrenzten Bargelddbetrag abheben. Die Bezahlkarte grenzt damit auch in ihrer in NRW angestrebten Ausgestaltung Asylsuchende vom Alltagsleben aus, denn vielerorts wird weiterhin nur Bargeld akzeptiert. Damit wird die vorgesehene Bezahlkarte das Ankommen und die Integration erschweren und nicht verbessern.

Auch die These, mit einer Bezahlarte würde verhindert, dass Geflüchtete viel Geld in ihre Herkunftsländer überweisen, entbehrt einer validen Grundlage. Laut Aussage des Bundesfinanzministeriums liegen keine Daten zu entsprechenden Überweisungen vor. Expert\*innen wie zum Beispiel das Kieler Institut für Weltwirtschaft gehen schon wegen der geringen Höhe der Leistungssätze davon aus, dass der Umfang eventueller Transfers gering ausfällt und bezweifeln, dass diese tatsächlich einen wesentlichen Anreiz für Migration darstellen.

Ziel der GRÜNEN Ratsfraktion ist es, dass alle Geflüchteten genauso wie alle anderen Lüne\*r\*innen Zugang zu einem normalen Konto haben und behalten.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Schwiede